

Der Ernährungsrat für Köln und Umgebung fordert zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und weiteren Mitstreitenden eine transparente, faire und gemeinwohlorientierte Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand.



Dies wurde auf der durch einen Traktor und lautes Topfgeklapper begleiteten Kundgebung am Stadthaus in Köln Deutz heute sehr deutlich formuliert. In den Redebeiträgen haben die AbL, die Solidarische Landwirtschaft Köln, Bund Umwelt- und Naturschutz (BUND Köln) und der Ernährungsrat die Wichtigkeit der zukunftsgerechten Verpachtung von Flächen der öffentlichen Hand betont.

Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland wird von Kommunen, Städten und Bundesländern verpachtet. Sie haben Einfluss darauf, wer diese Flächen bewirtschaftet und wie sie bewirtschaftet werden. Häufig geschieht dies bisher in intransparenten Verfahren nach Gewohnheitsrecht oder Höchstpreis. Sie haben jedoch das Potential eine Vorreiterrolle für eine zukunftsfähige, nachhaltige, regionale und faire Agrarstruktur zu übernehmen - für unser Gemeinwohl! Und dabei ist für Bernd Schmitz (AbL) klar: „Die großen Flächenbesitzer müssen ihrer Verantwortung nachkommen und eine zukunftsfähige Landwirtschaft vor Ort ermöglichen!“ Die SoLaWi Köln baut „auf 1,7 Hektar Gemüse für 750 Menschen an. Das heißt, wenn die gesamten 2700 Hektar Pachtfläche der Stadt Köln so intensiv und ökologisch bewirtschaftet würden wie bei uns, könnten wir davon eine Grundversorgung mit Gemüse für fast 1,2 Millionen Menschen – also alle Kölner:innen – sicherstellen“ fasst Lisa Oberschelp das Potenzial zusammen. Dr. Helmut Röscheisen vom BUND Köln bekräftigte die Wichtigkeit des Erhalts landwirtschaftlicher Flächen. Statt neuer Baugebiete seien Rückverdichtungen unabdinglich.

Bereits im Dezember 2018 hat der Ausschuss für Umwelt und Grün der Stadt Köln beschlossen, die urbane Landwirtschaft in Köln nachhaltig und ökologisch orientiert zu gestalten. Florian Sander (Ernährungsrat Köln) fordert von der Stadt, sich an den vereinbarten Prozess und die bereits vorgelegten Kriterien zu halten. „Dabei müssen die aktuellen Pächter:innen selbstverständlich eingebunden werden. Denkbar ist ein stufenweises Verfahren, in dem Landwirt:innen die Möglichkeit haben, bestimmte Anforderungen zeitversetzt zu erfüllen.“ Zudem müssen Möglichkeiten für weitere ökologische Initiativen und Betriebsgründungen geschaffen werden.

Der Leiter des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz, Konrad Peschen, stand im Anschluss an die Redebeiträge stellvertretend für die Stadt Köln zur Aussprache bereit. Ihm wurde der [Kriterienkatalog zur gemeinwohlorientierten Verpachtung kommunaler Landwirtschaftsflächen \(AbL\)](#) sowie der [Offene Brief an Oberbürgermeisterin Henriette Reker](#) überreicht. Hierin veröffentlichen der Ernährungsrat gemeinsam mit BUND Köln, Regionalwert AG Rheinland, Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzen (VEN), Slow Food Köln, Erntegemeinschaft SoLaWi Köln, Humuswerkstatt und die Regionalbewegung NRW ihre Einschätzungen und Forderungen zu den städtischen Pachtflächen. Herr Peschen bekräftigte in der Aussprache die Bemühungen der Stadt Köln, den Dialog mit allen Akteur:innen fortzuführen.

Pressekontakt

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Landesverband NRW,
Bernd Schmitz: 0177 3565559, HanferBauer@t-online.de

Ernährungsrat für Köln und Umgebung, Florian Sander: 0176 87862149
info@ernaehrungsrat.koeln, <http://ernaehrungsrat-koeln.de/>